

**Zeitschrift:** Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz  
**Herausgeber:** Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat  
**Band:** 75 (2000)  
**Heft:** 2

**Rubrik:** Standpunkt

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 26.12.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## «Armeehalbierung» rasch vors Volk



«Der Löwe von Kandersteg wird kämpfen!» Diese Überschrift in der Basler Zeitung zog sogleich meine Aufmerksamkeit auf den folgenden Artikel. Unser Chef VBS hielt am Regimentskommandantentag in Basel eine markante Ansprache. Er werde dafür kämpfen, betonte unser höchster Soldat, dass sich die Angehörigen der Schweizer Armee bei Auslandseinsätzen zum Selbstschutz bewaffnen dürfen. Er werde auch mit aller Kraft

gegen die Halbierungsinitiative kämpfen, betonte Bundesrat Adolf Ogi und erntete prompt kräftigen Applaus. Es ist gut zu wissen, in Bern einen engagierten Chef VBS zu haben.

Diese Halbierungs-, oder auch Umverteilungsinitiative genannt, betonte Adolf Ogi, sei nach dem Fall der Berliner Mauer geboren worden. Seither hätten sich neue Freiheiten, aber auch neue Gefahren ergeben. Auf keinen Fall dürfe diese Initiative auf die leichte Schulter genommen werden. Würden die Mittel für die Armee nochmals reduziert, liesse sich keine vernünftige Sicherheit mehr realisieren. Auch hier gilt die Warnung: Hütet euch ...!

Klartext sprechen auch die Initianten der Halbierungsinitiative: «Die Schweiz braucht nicht eine neue Armee, sondern neue Ideen», kommentierte Nico Lutz, GSoA-Sekretär, vor den Medien die derzeitigen Reformen in der Schweizer Armee. «Auf die bewaffnete Neutralität soll nicht die bewaffnete Solidarität folgen.» Eine Schweiz, die im geeinten Europa keinen Feind mehr habe, könne die Armee abschaffen und ihre Mittel für die präventive Konfliktpolitik verwenden. Und Gesinnungsgenossin Renate Schoch sekundiert, das VBS gebe zu, dass die Schweiz nicht mehr bedroht sei und schicke die Armee deshalb überall dorthin, wo sie wenigstens den Anschein von Nützlichkeit erwecken könne.

Was will die Volksinitiative der Sozialdemokraten eigentlich, welche den Titel trägt «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungsinitiative)»? Sie will, dass die Verteidigungsausgaben innerhalb von zehn Jahren auf die Hälfte reduziert werden, ausgehend von der Rechnung 1997, und dass diese Ausgabenhöhe in der Verfassung zu verankern sei. Eine spätere Erhöhung der Militärausgaben würde eine Verfassungsänderung, also eine Abstimmung von Volk und Ständen voraussetzen.

Dabei gilt es zu bedenken, dass die Verteidigungsausgaben der Schweiz innerhalb der letzten acht Jahre beträchtlich gesunken sind, real um 28 Prozent, die Rüstungsausgaben gar um 39 Prozent. Berücksichtigt man den vom Stabilisierungsprogramm vorgeschriebenen weiteren Abbau um 1,1 Milliarden Franken in den Jahren 1999, 2000 und 2001, so hat die Verteidigung zwischen 1990 und 2001 sage und schreibe etwas mehr als zwei volle Jahresbudgets eingespart. Kein anderer Aufgabenbereich des Bundes hat so viel gespart. Viele Staaten wiesen grosse Zunahmen auf, andere wachsen weiter.

Diese Initiative ist nicht nur ungerechtfertigt, sie ist auch fahrlässig. Sie sollte möglichst rasch dem Souverän zum Entscheid vorgelegt werden, weil sie wie ein Damoklesschwert jede verlässliche Gestaltung der künftigen Armee bedroht. Die auch vom Bundesrat abgelehnte Initiative muss vom Volk entschieden – und verworfen – sein, ehe die neue Armee seriös vorbereitet werden kann.

Viele Bürgerinnen und Bürger der Schweiz sind darüber besorgt, dass seit den 80er-Jahren in regelmässigen Abständen Volksbegehren lanciert werden, die unter verschiedenen Titeln auf eine Schwächung der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes hinauslaufen. Damit wird permanent die Glaubwürdigkeit des schweizerischen Staates, zu der man gerade unter den heutigen Umständen Sorge tragen sollte, in Frage gestellt. Kein Wunder, dass gewisse ausländische Verhandlungspartner mit der Schweiz inzwischen umspringen wie mit einem Staat, vor dem man keinen besonderen Respekt zu haben braucht.

Die Urheber der Initiative sind dieselben armeefeindlichen Kräfte, die schon mehrmals (F/A-18, Armeeabschaffung, Waffenplätze, Waffenausfuhrverbot) vom Volk in die Schranken gewiesen wurden. Die klaren Volksentscheide der letzten Jahre zeugen von der staatsbürgerlichen Reife des Schweizervolkes. Mir ist noch nie eine Schweizerin oder ein Schweizer begegnet, die oder der sich nicht ehrlich zum Frieden bekennt. Aber sie sehen die Landesverteidigung als eines der Werkzeuge des Friedens an. Deshalb wird auch dieser Sabotageversuch gegen eine funktionierende und glaubwürdige Sicherheitspolitik trotz seiner schönen Parolen wie «Sparen», «Frieden» und «Arbeitsplätze» hoffentlich misslingen.

Zustandegekommene Initiativen sind ein politisches Druckmittel und können den Bundesrat oder die Räte zu sachlich ungerechtfertigten Konzessionen veranlassen. Solche wären im Umfeld der jetzt an die Hand zu nehmenden Planung für eine Armee XXI unakzeptabel. Die neue Armee soll frei und lediglich auf Grund einer Beurteilung der künftigen sicherheitspolitischen Lage konzipiert werden können.

Eine weitere Reduktion der Militärausgaben um 50 Prozent hätte unweigerlich auch einschneidende wirtschaftliche Folgen. Es geht einmal mehr um Arbeitsplätze in den Betrieben des Bundes und in den Rüstungsbetrieben, in der zuliefernden Wirtschaft und namentlich auch im Gewerbe. Die Gefährdung von Arbeitsplätzen hatte übrigens am 10. März 1996 den Ausschlag dafür gegeben, dass die Zentralisierung der Beschaffung der Militärausrüstung am Volkswillen scheiterte. Die Gewerkschaften werden bei der Halbierungsinitiative erkennen, dass Tausende von weiteren Arbeitsplätzen durch die Initiative bedroht sind.

Mit einer Ablehnung der Halbierungsinitiative steigen die Chancen, dem leichtfertigen Spiel der Armeegegner wenigstens für einige Zeit ein Ende zu bereiten. Es besteht kein Zweifel, dass das Volk dem Versuch, der Armee die Mittel wegzunehmen, eine klare Absage erteilen wird.

*W. Hungerbühler*

Werner Hungerbühler, Chefredaktor